

Antrag der Beiratsfraktion der CDU
für die Sitzung des Beirates Burglesum
am 14.04.2015

Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht ziehen

Der Beirat Burglesum möge beschließen:

Der Beirat Burglesum

1. ist bestürzt über die zentralen Feststellungen des Armuts- und Reichtumsberichts des Bremer Sentas: Das betrifft vor allem die verfestigte Armutssituation in der Stadtgemeinde Bremen, die steigende Anzahl von Kindern und Jugendlichen, die in Armut leben müssen und die zunehmende soziale Spaltung zwischen den Stadtteilen.
2. fordert den Senat auf es nicht bei einer Analyse der erschreckenden Situation zu belassen, sondern schnellstmöglich konkrete, in Bremen realisierbare, Maßnahmen und eine Zeitleiste zu deren Umsetzung für den Stadtteil Burglesum zu entwickeln, die geeignet sind der zunehmenden Armut entgegenzuwirken und für die Betroffenen Wege aus der Armut heraus aufzeigt und diese regelmäßig auf ihre Wirksamkeit zu evaluieren. Hierbei sollen insbesondere folgende Maßnahmen geprüft und berücksichtigt werden:
 - a. Quantitativer und qualitativer Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie Flexibilisierung der Betreuungszeiten;
 - b. Einführung eines Rechtsanspruchs auf ganztägige Kindertagesbetreuung für arbeitssuchende Alleinerziehende in den Index-Kitas;
 - c. Ausbau von quartiersnahen Familienbildungszentren, in denen Eltern befähigt werden, Kinder besser auf ihrem Bildungsweg zu begleiten;
 - d. Flächendeckender Ausbau der Ganztagschulen im Land Bremen;
 - e. Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres für Kinder, bei denen ein Unterstützungsbedarf festgestellt wurde;
 - f. Stadtweiter Verzahnung von bildungsinstitutionsübergreifenden Sprachfördermaßnahmen für Kinder und Jugendliche;
 - g. Verbesserung der Übergänge zwischen Schule und Beruf sowie die Schaffung einer Jugendberufsagentur;
 - h. Erprobung eines sozialen Arbeitsmarktes für Langzeitarbeitslose im Rahmen eines Modellprojektes zum Aktiv-Passiv-Transfer;
 - i. Schaffung eines speziellen Arbeitsmarktprogramms für Alleinerziehende;
 - j. Sofortige Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien ins Bildungssystem nach ihrer Ankunft in Bremen.

Begründung:

Am 13. Januar 2015 stellte der Senat den aktuellen Bericht „Lebenslagen in Bremen“ über die Armuts- und Reichtumssituation in der Freien Hansestadt Bremen vor. Dieser

soll laut Aussagen des Senats auf dialogischem Wege mit verschiedenen Akteuren beraten und diskutiert werden. Auch die Beiräte sollen in die entsprechenden Debatten mit einbezogen werden. Dazu leistet dieser Antrag einen Beitrag.

Laut der aktuellen Berichterstattung sind in Bremen 23,1 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht. In den letzten Jahren ist die Zahl der Bremerinnen und Bremer, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben stark angestiegen. Bremen befindet sich im Bundesländervergleich auf Platz 1.

Besonders betroffen von Armut sind in Bremen Kinder, Alleinerziehende und große Familien. Fast 34 Prozent aller Kinder und Jugendlichen leben in Bremen in Armut. Knapp 6000 dieser Kinder und Jugendlichen leben bei alleinerziehenden Elternteilen, die sich in einer prekären Einkommenssituation befinden. Alleinerziehend zu sein bedeutet in Bremen mit der höchsten Wahrscheinlichkeit im Bundesvergleich in Armut abzurutschen. Vergleichbar ist die Situation auch für Familien mit drei und mehr Kindern.

Laut der aktuellen Berichterstattung hat sich in den letzten Jahren auch die soziale Schere zwischen den Quartieren in der Stadtgemeinde Bremen weiter geöffnet. Es lässt sich ein deutliches Nordost-Südwestgefälle erkennen. Während sich in einigen Stadtteilen das Durchschnittseinkommen kaum über dem Hartz IV Niveau bewegt, liegen andere Stadtteile mehr als 360 Prozent über dem Durchschnitt der Haushaltseinkommen.

Die Menschen in Bremen und Bremerhaven, für die Armut eine traurige Lebensrealität ist, sind dabei nicht nur von finanzieller Armut betroffen. Armut im Sinne sozialer Isolation führt oft zum Verlust persönlicher Entwicklungschancen, zu einer Einschränkung der gleichberechtigten Teilhabe in der Gesellschaft und zu einem Absinken des persönlichen Selbstwertgefühls. Für Kinder und Jugendliche in sozialer und auch finanzieller Armut bedeutet dies auch einen ungleichen Zugang zu frühkindlichen Bildungsangeboten, zum System Schule und anderen außerschulischen Bildungsmaßnahmen.

Für die CDU-Beiratsfraktion Burglesum
Martin Hornhues
Vorsitzender CDU-Beiratsfraktion]